

Lehrling
"Hilfsland"
Sonntag, den 7.
gut, letztes
sschließen
ang 2,30 nachm.
7,00 Uhr Stoch-
schen
h, Holier-
freie Pappe,
bolium u.
r, Cerefol-
trich 4714e
ne feuchte Wände,
smoh empfiehlt
niedrigen Preisen.
ann Wilms;
r-Friedrichstr.
maschinen
ich bedeutend
er als hausierende
Agenten 5159h
apparaturen,
iztelle Nadeln
alle Maschinen
rich Rose
Nobelsstraße
seilen
halter
igung nach Maß
gener Werkstube,
este Verarbeitung
it Lederbesatz,
schwere Ware
zu 12 Mark
ebenso
elblinden
ärztlicher Vor-
schrift zu
8,50 8,25
Helene Köhler
Spezialgeschäft
Markt 6
Auswahl in
r- und
ndplatten
nieren, Fußleisten,
nischenbänken
an guter Qualität
preiswert
ne Ausführung von
sten-Arbeiten.
Wilms
er-Friedrichstr.
ittiges, kleines
ädchen
schen melten kann,
lieben v. Lande,
Haus- und Land-
schaftl. Arbeiten
i. 9. gesucht
eres in der Ge-
staltstelle da. St.
braucht
abenfahrrad
kaufen gesucht.
ten erbeten unt.
1233 an die Ge-
staltstelle da. St.
vertreter
Artikel: Koffer,
Wände etc. hohe
kosten. Angeb unt.
1588 befürd. Ku-
Wolfe, Bremen.
ast man!

Amstlicher Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Kerkern des Kreises
Borken.
Geldstrafen:
Bocholt, Kreisstr. 14
Berspreck - Sammel - Nr.
3054. - Abende: 10
Heinrichs. - Anholz:
W. Wolling. - Wetz:
Th. Parra. - Vffel:
burg: Johann Welling.
Klingenberg: Schme-
derzons. - Dingden:
Willy Schmitz.
Organ
der Zentrumspartei.

Postveränderung:
Borken.

Bocholter - Borkener

Volksblatt

Postveränderung:
Borken.

Abonnementpreise:
Einzelheft 2 Pf.
3 Monate 5 Pf.
6 Monate 10 Pf.
1 Jahr 18 Pf.
Einzelheft 2 Pf.
3 Monate 5 Pf.
6 Monate 10 Pf.
1 Jahr 18 Pf.
Einzelheft 2 Pf.
3 Monate 5 Pf.
6 Monate 10 Pf.
1 Jahr 18 Pf.

Nummer 218

Montag, den 8. August 1932

Jahrgang 1932

Bemerkungen zur Außenpolitik.

Dr. Friedrich Baerwald.

Der Dementiapparat der NSDAP hat in rascher Arbeit die Behauptung einer englischen Korrespondenz widerlegen, die gemeldet hatte, Herr Hitler habe erklärt, niemals die Abmachungen von Lausanne ratifizieren zu wollen. Wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis und verzichten darauf, nachfolgende Erinnerungen aus dem Wahlkampf, die sich hier sofort einstellen, länger festzuhalten. Es ist jetzt die Zeit, nach vorwärts zu schauen und keinen Zweifel darüber zu lassen, daß in der nächsten Zukunft keine inneren und äußeren Entscheidungen bei uns fallen dürfen, bei denen es den Nationalsozialisten noch erlaubt wäre, ihre Verantwortung zu leugnen und im fruchtlosen Kampf gegen irgendwelche Systeme fortzuführen, als ob die Wahlen nicht gewesen wären.

Was nun die Ratifikation des Lausaner Abkommens anbelangt, so ist dazu allerdings zu bemerken, daß sie in den nächsten Monaten wohl noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt zu werden braucht. Nachdem gleichsam hinten herum, durch das Gentlemen-Agreement, doch wieder eine gewisse Verbindung zwischen der Liquidation der Reparationen einerseits und der englisch-französischen Verschuldung andererseits aufgetaucht ist, werden wohl jetzt erst die amerikanischen Präsidentenentscheidungen abgewartet werden müssen.

Inzwischen ist drüber der Wahlkampf voll entbrannt und Hoover, der für eine zweite Amtsperiode gegen den Demokraten Roosevelt kandidiert, hat einen schweren Kampf durchzuführen. Man kann nicht sagen, daß die Mittel eines amerikanischen Wahlsieges fehlen. Im Augenblick hat man sogar die Eindruck, als ob man durch die Wahlbedeutungen an der Wende, durch starke Kreditförderungen in den Vereinigten Staaten so beliebte Optimismusatmosphäre etwas künstlich zu schaffen, die im letzten Augenblick die Lage der regierenden Partei wesentlich verbessern soll. Erst nachdem die Entscheidung gefallen ist, wird das internationale Schuldenproblem in ein weiteres, hoffentlich letztes Stadium eintreten.

Inzwischen ist es notwendig, gerade die amerikanische Öffentlichkeit noch weiter aufzuklären, wobei wir aber an andere Methoden denken, als sie die letzten Interviews des Herrn von Papen darstellten. Es handelt sich nämlich um nichts weiter, als darum, endlich die Folgerungen aus dem zu ziehen, was wir täglich auf dem Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen neu erleben. Der Weltmarkt ist völlig desorganisiert und er wird durch die alten handelspolitischen Mittel nicht mehr in Ordnung gebracht werden können. Weil der Mut fehlt, eine wirklich totale Vereinigung der überalterten Schuldenverflechtungen vorzunehmen, nimmt die Notwendigkeit überhand, und das Vertrauen, das so oft gerufen wurde, weigert sich, zurückzuführen.

Das neueste Ereignis in dieser Hinsicht ist der französisch-amerikanische Handelskonflikt. Die Ursache? Frankreich hat mit Belgien ein Zollabkommen getroffen, das die Einfuhr gewisser Rohprodukte aus Belgien-Kongo nach Frankreich vorteilhafter macht als deren Import aus den Vereinigten Staaten. Die Antwort Washingtons hierauf war die Inkraftsetzung einer Klausel des amerikanischen Tarifes, wonach die Waren einer Nation mit einer Lage von 50 Prozent Ausschlag belegt werden können, die gegen den amerikanischen Handel ein „Vorurteil“ bezeugen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich hieraus zwischen Paris und New York nun ein regelrecht politischer Konflikt entwickeln wird und auch die hier geschlossene Abwehrmaßnahme wird wohl nicht lange aufrechterhalten, aber dieser Zwischenfall ist bezeichnend für die Unsicherheit der Lage und sie ist ein Beweis mehr dafür, wie notwendig eine wirklich durchgreifende Weltwirtschaftskonferenz wäre.

Freilich, der Versuch, der eben in Ottawa für das britische Imperium gemacht wird, ist nicht sehr ermutigend für Verhandlungen in noch größerem Rahmen. Denn auch hier zeigt es sich, wie schwer der Ausgleich der Interessen in einer Welt geworden ist, deren Wirtschaft nicht mehr auf Arbeitsteilung, sondern auf Kampf aller gegen alle eingestellt ist. Trotzdem ist die Weltwirtschaftskonferenz auch vom deutschen Standpunkt aus zu fordern, weil sie auch für die Vereinigten Staaten die Situation so beleuchten muß, daß klar wird, wieviel von ihrem Verzicht auf ihre Kriegsforderungen abhängt.

Während so nach Westen hin alles in Flut ist, setzen sich im Osten Ereignisse ab, die beachtet werden müssen. Zwischen Sowjetrußland und Polen ist nun der Nichtangriffspakt abgeschlossen worden, auf den Moskau schon seit lange hingearbeitet hat. Es liegt durchaus im Rahmen der russischen Politik, dies als Garantie, um die Durchführung ihrer inneren wirtschaftlichen Pläne, die immer neue und schwierige Probleme stellen, noch außen hin zu sichern. Man hat

Neuer politischer Mord in Ostpreußen.

Löbener

Reichsbannerführer erschossen.

Königsberg, 7. August.

Der Löbener Reichsbannerführer Rohan ist gestern Abend um 23.30 Uhr vor dem Büro des Landarbeiterverbandes in Löben von Nationalsozialisten erschossen worden. Über die Bluttat erfahren wir folgende Einzelheiten: Rohan war mit mehreren anderen Mitgliedern des Reichsbanners auf dem Büro des Landarbeiterverbandes gewesen. Die Gruppe hatte auf dem Wege zur Stadt Auseinandersetzungen mit mehreren SA-Leuten, die sehr bald in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Ein Angehöriger des Reichsbanners eilte daher zum Verbandsbüro zurück, um die Polizei zu benachrichtigen. Ihm wurde ein Schuß nachgeschossen, der jedoch sein Ziel verfehlte. Unmittelbar darauf fiel ein zweiter Schuß, der Rohan traf. Rohan war auf der Stelle tot. Die Polizei hat zahlreiche Personen festgenommen und ist im Augenblick noch mit der Vernehmung der Verhafteten und der Zeugen beschäftigt.

Eine andere Darstellung dieses blutigen Vorganges verbreitet die Telegraphen-Union. Danach hätten Rohan sowie der Funktionär des Deutschen Landarbeiter-Verbands, Kreis Löben, Biontel, und zwei weitere Reichsbannerleute auf der Straße einen Trupp Nationalsozialisten getroffen. Während Rohan, der allgemein als ein ruhiger und vernünftiger Mann galt, sich mit einer Gruppe Nationalsozialisten unterhielt, eilte Biontel in eine nahe gelegene Gaststätte, angeblich, um sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Die polizeilichen Ermittlungen haben bereits ergeben, daß es darauf abgesehen war, Biontel einen Denkfessel zu verabschieden. Als Rohan sich noch immer ruhig mit den Nationalsozialisten unterhielt, kam plötzlich ein noch unbekannter Mann hinzu, der eine Pistole zog und aus einer Entfernung von etwa einem halben Meter auf Rohan schoss. Rohan brach hinfällig zusammen und schliefte sich noch einige Meter weiter, bis er an dem erlöschenden Herzschlag verstarb. Inzwischen fiel ein zweiter Schuß, der fraglos Biontel galt, als dieser auf die Hilferufe vor die Tür des Büros getreten war. Er warf aber die Tür schnell wieder zu. Die Kugel durchschlug nur das Schaufenster des Büros. Die Polizei machte noch im Laufe der Nacht gegen 20 Festnahmen und nahm Hausdurchsuchungen vor. Die Vernehmungen wurden von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft Loh persönlich geleitet, haben aber über die Person des Täters noch nichts Bestimmtes ergeben. Die Ortspolizei hat zusammen mit der Landgendarmarie und Hilfsbeamten während der Nacht einen verstärkten Streifen dienst eingerichtet. Die Erregung in der Stadt ist außerordentlich groß.

Wie die „Tilster Zeitung“ mitteilt, ist es der politischen Polizei gelungen, das Automobil zu ermitteln und zu beschlagnahmen, dessen Anführer den Anschlag auf den Reichsbannermann Radtke in Altmühl geplant hatten. Es soll der Wagen eines Tilster Nationalsozialisten sein. Das Blatt be-

umföhrer Verständnis für dieses Bestreben, sich im Westen Dedung zu verschaffen, wenn man den Blick auf die Wandschere richtet und feststellt, wie bedrohlich noch dort die russischen und japanischen Fronten voneinander abgegrenzt sind.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch notieren, daß nun auch die Türkei in den Völkerbund eingetreten ist, und zwar, wie man nicht zu erklären verabsäumt, im vollen Einverständnis mit Moskau. Auch hier macht sich das Schuttschuldverhältnis der bolschewistischen Machtverhältnisse und eine unmittelbare offene Wunde ist jetzt nur noch das Verhältnis zu Rumänien, weil der russische Anspruch auf Bessarabien nie formell aufgegeben worden ist.

In all diesen Konstellationen, die sich zu bilden beginnen, kommt es für die deutsche Politik darauf an, sich nicht zu isolieren, aber auch, sich nicht festzulegen. Wir haben in Lausanne gesehen, was wir vermeiden müssen, um nicht die Gefahr einer neuen Einteilungspolitik gegen Deutschland herauszubekommen.

Geheimabkommen zwischen Schleicher und Hitler bekräftigt.

Berlin, 7. August.

Der Führer der revolutionären Nationalsozialisten, die sich von Hitler getrennt haben, Dr. Otto Straßer, der Bruder von Hitlers nächstem Freund Gregor Straßer, teils in seiner Zeitung „Die schwarze Front“ den angeblichen Wortlaut einer Vereinbarung zwischen Schle-

richtet, daß wegen dieses Vorfalls zwei Personen festgenommen wurden. Die Polizei hat sofortige Maßnahmen ergriffen, um dem Terror Einhalt zu gebieten. Bei Razzien auf den Zufahrtswegen der Stadt wurden neun Personen festgenommen, die größtenteils bei Reklamen und Kaufleuten gefunden wurden.

Der Oberstaatsanwalt hat für die Ermittlung der Täter, die das Schaufenster des Apothekers Frankenstein in der durch Handgranaten zerstört und eine Bombe vor das Geschäft geworfen haben, je 1000 RM Belohnung ausgesetzt. Der Bürgermeister teilte mit, daß er infolge der zahlreichen Verurteilungen, Leben und Eigentum einzelner Mitglieder zu gefährden, den polizeilichen Aufendienst durch Hilfspolizisten verstärkt habe. In Königsberg wurden unter dem Verdict der Mitläuferhaft des Nordüberlalles auf den Chefredakteur der „Nationalsozialistischen Monatshefte“ Schütz sieben Nationalsozialisten dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Sechs von ihnen sind wieder freigelassen worden, da der Verdict der Mitläuferhaft unbegründet erscheint. Die Untersuchung gegen den in Haft befindlichen Nationalsozialisten Schewe noch. Gegen die wegen Verdicts der Leitung des Faktors Reinte (NSDAP) verhafteten zehn Personen und auch zwei weitere noch nicht in Haft befindliche Personen ist durch Beschluß des Untersuchungsrichters in Königsberg vom 4. August d. J. auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung eröffnet worden. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 30. Juli 1932 gemeinsam mit weiteren noch nicht ermittelten Tätern durch ein und dieselbe Handlung erstmals vorläufig, jedoch nicht mit Überlegung des Pastor Reinte getötet und zweitens an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge, die mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten beging (Landfriedensbruch), teilgenommen zu haben.

Feuerüberfall auf Führer linksstehender Verbände.

Stolz (Kommern), 6. August.

Gegen die Wohnungen des Kreisvorsitzenden des Reichsbanners Bonnte und des kommunistischen Führers Meier wurden heute früh gegen 3 Uhr mehrere Schüsse abgegeben. Verletzt wurde niemand. Nach dem Feuerüberfall wurde ein Motorradfahrer beobachtet, der in schnellem Tempo davonfuhr.

Trotz der noch täglich sich ereignenden politischen Gewalttaten ist der demotivierteste Reichsminister Dr. Brauns, wie er am Samstag mittag in einer amtlichen Erklärung bekanntgegeben hat, noch immer der Meinung, daß der Zeitpunkt und das Ausmaß für weitere Maßnahmen in der Hauptsache davon abhängt, „ob die jetzt im Lande mehr und mehr eingetretene Beruhigung von Dauer ist.“ Was es mit der „Beruhigung“ auf sich hat, zeigen die vorstehend wiedergegebenen Meldungen.

Von ausländischer Seite wird auch noch mitgeteilt, daß die zahlreichen Sprengstoffanschläge der letzten Tage durch eine neue Notverordnung nicht ersetzt werden würden. Neue Maßnahmen gegen Sprengstoffanschläge seien nicht nötig, da das Sprengstoffgesetz von 1884 bereits die schärfsten Strafen vorsehe. Es sei zu behaupten von 5 bis 15 Jahren, möglicherweise lebenslängliches Zuchthaus, vorgelesen, und für Fälle, daß bei einem Sprengstoffanschlag Todesfälle zu beklagen seien, die Todesstrafe.

Hitler und Hitler mit, die am Beginn der Tätigkeit des Kabinetts von Papen getroffen worden sein soll. Danach soll Hitler folgende Zusage gemacht haben:

1. Hitler toleriert das Kabinett von Papen.
 2. Hitler verzichtet auch nach den Wahlen auf die Übernahme der Macht im Reich.
 3. Hitler ist mit einem Kabinett unter Führung Schleichers einverstanden.
 4. Hitler entsetzt in dieses Kabinett, wenn Schleicher es für wünschenswert hält, einige Persönlichkeiten seiner Partei als Mitglieder.
 5. Hitler verpflichtet sich, dieses Kabinett Schleicher auf mindestens zwei Jahre im Amt zu belassen.
- Schleicher's Gegenseitigkeit an Hitler dagegen soll in folgendem bestehen:
1. Schleicher setzt sich dafür ein, daß Adolf Hitler Reichspräsident wird.
 2. Schleicher verpflichtet sich nach einem Wahlsieg Hitlers, die „schwarzen“ Männer des bisherigen Kabinetts (Papen, Gags) durch „harte“ Männer zu ersetzen, evtl. durch Hitlerminister.
 3. Schleicher verpflichtet sich, daß von ihm zu bildende Ministerium nicht Koalitionsministerium zu nennen, insbesondere, wenn ein Zentrumsmann aufgenommen werden sollte.
 4. Schleicher überläßt der Hitlerpartei die Länder, deren Mehrheitsabstimmung unter Umständen durch Reichsmassnahmen gegen die NSD. entsprechend zu forcieren ist.
- Der Reichswehrminister General von Schleicher bekräftigt das Bestehen dieses Geheimabkommens. An der Richtigkeit sei kein zweites Wort.

Vor entscheidenden Verhandlungen.

Nach dem Beschluß seines Kabinetts soll der Preussische Landtag am 16. August zusammentreten und sich am nächsten Tage wieder verlagern. Dieser Termin liegt offenbar, wie das Schreiben des nationalsozialistischen Fraktionsführers Kube an den Landtagspräsidenten Kerll verrät, den Nationalsozialisten zu früh. Denn die Tagung der nationalsozialistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten könnte ohne Frage ebenso gut vor dem 16. wie nach dem 17. August stattfinden. Wenn aber Kube zu einer Finte greift, um die Landtagstagung in der nächsten Woche zu verhindern, so wollte er damit auch verhindern, daß über die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen verhandelt würde. Es kam ihm, der natürlich im Auftrag der nationalsozialistischen Reichsleitung gehandelt hat, darauf an, daß die Verhandlungen, die der Wahl des Ministerpräsidenten vorangehen müßten, so lange hinausgeschoben werden, bis die NSDAP Klarheit darüber hat, was im Reich geschehen wird.

Reichsminister von Papen trifft heute wieder in Berlin ein. Auch Hitler, der sich bereits Ende der vergangenen Woche in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt aufgehalten und den Sonntag auf dem Gut des medlenburgischen Ministerpräsidenten Oranien, des Schwagers von Göttsche, verbracht hat, wird dann zur Stelle sein. Der Reichswehrminister von Schleicher wird am Dienstag von den Flottenmandanten zurück erwartet, am selben Tage auch der Justizminister Gurtner. Reichspräsident von Hindenburg endlich wird am Mittwoch nach Berlin zurückkehren, sodann dann die wichtigsten Persönlichkeiten für eine Unterhaltung über die künftige Entwicklung im Reich, vom Standpunkte der Nationalsozialisten und der Regierung aus gesehen, in nächster Nähe verammelt sein werden. Wenn aber die nationalsozialistische Presse erklärt, die Initiative für die kommenden innerpolitischen Auseinandersetzungen liegt einzig und allein bei den Siegern des 31. Juli und ihrem Führer Adolf Hitler, so befindet sie sich in einem fundamentalen Irrtum, denn dem Reichspräsidenten und nicht dem Führer der größten Partei liegt es ob, den Kanzler zu bestimmen, wenn schon vor dem Zusammentritt des Reichstags das Kabinett von Papen seinen Rücktritt nehmen soll. Dazu muß man allerdings sagen, daß das Kabinett von Papen keine Aussicht haben würde, einem Mißtrauensvotum des neuen Reichstags zu entgehen. Eine Zerkleinerung des Herrn von Papen kommt für das Zentrum ebenso wenig in Frage wie etwa für die Bayerische Volkspartei eine Duldung des Reichsjustizministers Gurtner. Auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten lehnen das Präsidialkabinett ab, und schließlich herrscht auch bei den Nationalsozialisten feste Stimmung gegen die Mitglieder des Kabinetts, mit Ausnahme des Reichswehrministers von Schleicher, der sich, wie nationalsozialistische Blätter bemerken, über die Auffassung und Absichten der NSDAP laufend auf das genaueste unterrichten läßt. Und nach derselben Quelle nimmt man, in gutunterrichteten Kreisen doch an, daß der Reichspräsident eine Regierung Papen, die weder von der NSDAP noch vom Zentrum unterstützt wird, nicht halten werde, da ihm eine solche Basis für die Wege, die sich zweifellos immer weiter von dem Fundament der Weimarer Verfassung entfernen müßten, denn doch zu schmal sein dürfte.

Kurz und gut: die Lage des Kabinetts von Papen ist gefährlich. Darum verdient der Versuch der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“, mit verfassungswidrlichen Attributenumständen für die Erhaltung der Präsidialregierung Stimmung zu machen, höchstens inoffizielle Beachtung, als man daraus Wünsche des Kabinetts selbst oder Eugenbergs herauslesen kann. Wenn die Nationalsozialisten nun wieder einmal „alles oder nichts“ fordern, oder wenn ein klein wenig bescheidener Alfred Rosenberg im „Volkskämpfer“ erklärt, daß, falls es zu einer Koalition komme, die Nationalsozialisten in ihr dreimal so viel Minister haben müßten wie das Zentrum, weil auch ihre Reichstagsfraktion dreimal so stark sei wie die der anderen Partei, so muß man dazu sagen, daß es keine Bestimmung in der Verfassung gibt, die diese Forderung rechtfertigen könnte, und daß auch nach diesem Gesichtspunkt, steht man von der alten Fraktionsgeschäftsmacherei nach den Wahlen von 1928 ab, in der Praxis der vergangenen Jahre nicht verfahren worden ist. Denn dann hätten die Sozialdemokraten in den Kabinetten der vergangenen Jahre eine ganz andere Rolle spielen müssen, als sie gespielt haben.

Aber wir sind der Meinung, daß das Zentrum sich, wenn man an seine von der Parteileitung bestimmten drei Vertreter herantritt, nicht kleinlich verhalten soll. Ohne das Zentrum, mit dem die Bayerische Volkspartei sich aufs engste verbunden fühlt, ist zwar eine Regierungsbildung möglich, aber keine Regierung kann gegen den Willen des Zentrums nach Lage der Dinge vor dem Reichstag bestehen. Im Zentrum, und insbesondere auch in seinen führenden Kreisen, besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß jetzt die Nationalsozialisten an der Verantwortung beteiligt werden müssen. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihren Wählern zu zeigen, was sie können. Und wir fügen hinzu, daß dies nicht nur für das

(3. B. der Delft)